

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich zweimal; am Sonnabend und am Montag Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettwigerstrasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quotient 1 Kr. 15 Pf. Auswärts 1 Kr. 20 Pf. — Sämtliche
nehmen an: in Berlin: A. Reitmeier, Rud. Kosse; in Leipzig: Eugen
Furt, H. Engler; in Hamburg: Haasestein & Vogler; in Frankfurt
a. M.: Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandlung.

Danziger Zeitung.



Zeitung.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen 1 Uhr Nachm.

London, 18. Nov. Das bisherige Resultat der Parlamentswahlen ergiebt 207 Liberale und 77 Conservative. Die Liberalen gewannen bis jetzt 23 Sitze. Der Kriegsminister, der Schatzkanzler und der Minister des Innern sind gewählt worden.

Kronstadt, 18. Nov. Der Hafen ist ringsum mit Eis bedeckt. Viele Schiffe sind eingefroren.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Florenz, 17. Nov. Dr. Bertani, welcher den in Lugano schwer erkrankten Mazzini behandelt, hat Briefe hierher geschrieben, in welchen der Zustand desselben als hoffnunglos bezeichnet wird. (W. T.)

London, 17. Nov. Bisher bekannte Wahlresultate: In der City Götschen und Crawford (beide liberal), Bell und Twells (beide conservativ). Aus den Provinzen: Laird, Arton, Beales, der Lord-Mayor Lawrence (für Lambeth, London), Gladstone (für Greenwich), Lowe, Roundell, Palmer, Horster, Hawtrey, Cardwell. In Westminster ist Stuart Mill unterlegen, Grosvenor und Smith sind gewählt. (W. T.)

Aus den Provinzialstädten wird telegraphisch gemeldet, daß die Liberalen die Majorität bei den meisten Wahlen erlangt haben. (N. T.)

S. Petersburg, 17. Nov. Gestern hat die dritte und zugleich Schlussitzung der Militärkonferenz über die Beschränkung der Anwendung der Sprenggeschosse stattgefunden. Die Frage ist zu einer befriedigenden Entscheidung gelangt; die Repräsentanten aller bei der Konferenz beteiligten Mächte haben ein Protocoll unterschrieben, welches zur Grundlage einer internationalen Convention dienen soll. — Die Neuauflage ist zugesprochen. (N. T.)

Köln, 17. Nov. Heute Nachmittag 1 vor 4 Uhr wurde in Köln an verschiedenen Stellen eine Erderührung verübt.

Kopenhagen, 17. Novbr. Der Consulpräsident und der doppelte Gesandte am Stockholmer Hofe begeben sich heute Abend zum König Carl XV. nach Belastung in Angelegenheit der Verbindung des Kronprinzen von Dänemark mit der Prinzessin Louise von Schweden. Die Vermählung wird wahrscheinlich im Mai t. J. in Stockholm stattfinden. (W. T.)

Landtags-Verhandlungen.

6. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 17. Novbr.

Das Haus hat heute die Vorberatung des Budgets fort. Der erste Redner ist Abg. Dr. Birchow: Er weist zunächst auf das Sonderbare der Lage hin, daß das Reichstagsschulden durch Vermehrung der indirekten Steuern und Bölle das Deficit in Preußen decken soll. Viele Mitglieder des Reichstagschulden haben gar kein Interesse daran, die Einnahmen ihrer Regierungen zu steigern. Correcter sei eine directe Steuer wie sie der Abg. Westen wolle. Bedenklicher sei nur die Steuererhöhung. Der Hr. Finanzminister habe dem Hause das Deficit in die Schuhe schieben wollen, weil es an der Ermäßigung des Portos Schuld sei. Die Post, die auch jetzt noch immer Überschüsse liefere, sei doch gewiß nicht dazu da, durch ihre Überschüsse Zwecke zu fördern, die mit der Post nichts zu thun haben. Redner weist also auf den Mangel eines Bundesfinanzministers hin und spricht dabei seine Verwunderung darüber aus, daß bei einer so wichtigen Beratung das ganze Ministerium, außer dem Finanzminister, zu Hause geblieben ist, als ginge sie die ganze Sache gar nichts an. (Hört! hört!) Sie kommen immer nur, wenn es sich um "höhere Sphären" handelt; wenn es sich aber um niedere Sphären handelt, um das Geld und die Arbeit des Volkes, dann bleiben sie weg. (Hört! hört!) Wir können kaum über ein Ministerium sprechen, sonst macht man uns noch den Vorwurf der Illiberalität, weil wir einen Minister angreifen, der nicht im Hause ist. (Heiterkeit.) Ja, der Vorwurf ist uns neulich gemacht, als der Handelsminister angegriffen wurde, der weggegangen war, um ein kleines Geschäft abzumachen. (Stürmisches Heiterkeit.) In welcher peinlichen Lage befinden wir uns also, wenn wir über die Herren sprechen sollen, deren Plätze wir vor uns sehen? (Heiterkeit.) Es besteht eben kein Zusammenhang zwischen den Ministern, das Ministerium besteht aus lauter einzelnen Personen, es sind disjecta membra, deren Haupt in einsamer Trauer auf den Brüchen Pommerns weilt (Heiterkeit) und sich um gar nichts kümmert. Aus diesem Mangel an Theilnahme an unsern Debatten erklärt sich auch die Lehre von unserem "heidenmäßig vielen Gelde". Wie können wir uns darüber wundern, daß die Minister so etwas glauben, wenn sie hier im Hause nur dann erscheinen, wenn sie Geld für ihr Reftort holen wollen, aber nicht kommen, wenn es sich darum handelt, wie man das Geld schaffen soll, ohne die Steuerzahler zu sehr zu drücken. (Sehr wahr!) Da überlassen sie gern dem Hrn. Finanzminister allein die Sorge. (Sehr wahr!) Ich gebe zu, daß er der Mann dazu ist, diese Sorge allein zu tragen (Heiterkeit), aber er hat es sich dann auch selbst zuzuschreiben, wenn er mit seinen Vorlagen bei seinen Collegen nicht durchdringt und Niederlagen erleidet im Bundesrat und Reichstag. Jeder Mangel an Logik in der Politik rächt sich, jede unlogische Einrichtung liefert schlechte Resultate. Um Ordnung in unsere Finanzen zu bringen, ist es vor allem nötig, ein verantwortliches Bundesministerium herzustellen, damit der preußische Finanzminister nicht durch untergeordnete Persönlichkeiten im Bundeskanzleramt in seinen Dispositionen gefördert wird. Jetzt ist es unmöglich, daß unser Finanzminister die zu seinem Beruf nötige Freidigkeit und Tüchtigkeit habe. Der Abg. Löwe hat auf die Ermäßigung des Militäretats hingewiesen. Da tritt uns gleich wieder entgegen die anomale Stellung des Kriegsministers, von dem man nicht weiß, ob er Kriegsminister ist für Preußen oder den Bund oder das Reichstag. (Heiterkeit) Wie ihm beizukommen ist, ist vollkommen unverständlich. Die Weisheit des Reichstags hat die Militär-

frage auf längere Zeit geregelt durch die Aufstellung eines großen stehenden Heeres. Was war die Folge? Frankreich hat gleich darauf sein stehendes Heer vergrößert, Österreich, die andern Staaten folgen nach. Durch dieses System wird die Steuerbelastung aller Staaten von ganz Europa unerträglich erhöht. Mit dem höchsten Erstaunen habe ich die Worte des Abg. Westen gehört, daß es notwendig gewesen, die Armee zu vergrößern, weil es notwendig sei, Süddeutschland zu annexieren, oder, wie er sich ausdrückt, die Organisation von Deutschland zu vollenden. Die Herren täuschen sich entschieden, wenn sie glauben, daß dies der leitende Gedanke unserer Regierung sei. Es gab wohl einmal eine Zeit, wo der Ministerpräsident, als man die Unvollkommenheit seiner Politik tadelte, erklärte: "Wir sind noch nicht am Ende unserer Politik, sondern erst in den Anfängen". Es gab einmal eine Zeit, wo Garibaldi auch diese Meinung hatte. (Heiterkeit.) Er zog sich aber nachher in die Einsamkeit zurück, und jeder Versuch, die alte Politik wieder anzunehmen, endete mit einer Niederlage; und jetzt weilt auch er wieder auf Caprera. (Heiterkeit.) Wir können doch nicht 10 Jahre lang Gewehr bei Fuß stehen, bis wieder einmal ein Staatsmann kommt, der die Courage hat, auf dem bisherigen Wege von Blut und Eisen fortzufahren? Wir aber glauben doch auch bei Ihnen ein gewisses Verständnis dafür zu finden, wenn wir meinen, daß die deutsche Politik Preußens nur dann wirklich zur Sicherheit des Staates beitragen wird, wenn sie sich auf die Entwicklung der Freiheit stützt. (Beifall links.) Der Hr. Finanzminister hat die Frage der Selbstverwaltung erörtert vom Standpunkte der Finanzen, wie fassen sie an von dem der Freiheit. Wenn sie der Hr. Ministerpräsident erörtert vom Standpunkte der hohen Politik, so glaube ich doch, daß wir uns allerseits darüber verständigen können. Wir haben die Hoffnung, daß die Gemeinden und die Kreise billiger verwalten als der Staat und daß dadurch eine Entlastung des Landes herbeigeführt werde. Die Selbstverwaltung, die jetzt in Hannover geschaffen worden ist, entspricht allerdings sehr wenig unserem Ideal; an Stelle der bisherigen Staatsbeamten hat man dort noch viel höher besoldete ständische Beamte eingeführt. (Hört! hört!) Wir wünschen umsonst verwaltete Ehrenämter, die für den Mann nicht blos eine Ehre sein sollen, sondern wo der Mann auch das Amt ehrt, und für das Amt, das ihm Ehre einbringt, auch ein Opfer bringt. (Beifall). Wir wünschen nicht eine Art Oberpräsidium, sondern von unten aus, aus den kleinen Kreisen des Volkes soll die Selbstverwaltung geschaffen werden. Je mehr man von unten veraltet, um so weniger braucht man stark besoldete höhere Beamte. Vermindern Sie deshalb die burokratische Arbeit nach oben, machen Sie die höheren Beamten entbehrlieblich, und die Selbstverwaltung wird für den Staat eine finanzielle Wohlthat sein. (Beifall links.) Der Herr Finanzminister allerdings hat eine andere Ansicht; die Provinzen und Kreisen sollen Ausgaben übernehmen, die bisher der Staat hatte, ohne die Einnahmen zu bekommen; eine Verbesserung scheint mir das nicht zu sein. Wir dürfen den Communen nicht neue Lasten auferlegen. Bisher haben wir geglaubt und darauf hingewiesen, daß es die Aufgabe des Staates sei, in höherem Maße als bisher einzutreten für den öffentlichen Unterricht, wo die Gemeinden es nicht können. Und nun mit einem Male kommt der Cultusminister, der doch in erster Linie zum Wächter des Verfassungsparagraphen über den unentgeltlichen Volkunterricht berufen ist (hört! hört!), und mutet uns zu diesen Paragraphen aufzubauen, weil das Volk noch 3 Millionen zahlen muss für den Unterricht, welche der Staat zu zahlen sich außer Stande erklärt. Der Abg. Braun hat in der vor. Session uns seinen energischen Beifall zugesichert, daß die Gebäudesteuer den Communen überwiesen werde. Von dieser Bundesgenossenschaft habe ich große Dinge erwartet. Hier ist eine Gelegenheit, wo sie sich behaupten kann; möge man die Gebäudesteuer, die 4½ Million beträgt, den Gemeinden überweisen, um hier von den öffentlichen Unterricht zu bestreiten. Die Volksschule würde dadurch sicher gestellt werden. Ein tüchtiger Finanzminister und ein wohlmeinender Cultusminister könnten diese Gelegenheit sehr gut benutzen zu einem energischen und wohlorganisierten Anlauf gegen die Höhe des stehenden Heeres. Der Herr Kriegsminister hat ja selbst erklärt, daß die Schule das Complement des Heeres sei. Das Argument, welches unserer Forderung entgegengehalten wird: "Wir sind jetzt mit der Organisation in Deutschland noch nicht fertig," ist ein durchaus falsches. So lange Preußen immer auf der Lauer liegt um Süddeutschland zu erwischen, zwingt es auch seine Nachbarn, ebenfalls auf der Lauer zu liegen und Preußen daran zu hindern. Wir sind jetzt in einer ruhigeren Entwicklung, wo nicht der Weg mit "Blut und Eisen" zu verfolgen ist, sondern wir stehen hier, um den Ausbau unserer Freiheiten anzustreben (Beifall links). Ich empfehle der Regierung einen politischen und wirtschaftlichen Zustand zu schaffen, der mit dem Gedeihen und der Fortentwicklung des Bundes verbunden ist. (Beifall links.) Es ist aber kein Fortschritt nach dieser Richtung hin, wenn wir auf den Wunsch des Hrn. Cultusministers die Last für die Schulen vom Staat abwälzen auf einzelne Familienväter; dies ist ein großer Rückschritt. Wenn es sich darum handelt, im Sinne der äußeren Politik, für die Annexion Süddeutschlands etwas zu thun, dann ist immer Geld vorhanden. So haben wir noch in der letzten Session Geld gehabt, um den Staat Waldeck vor seinem Untergange zu retten; so sind mehreren Staaten, die die Summe für ihre Contingente nicht aufbringen konnten, ihre Beiträge ermäßigt; es belief sich dies auf fast 1 Million. Glauben Sie denn, daß sich Bayern, Baden, Hessen etc. deshalb eher annexieren lassen? Auch in anderer Beziehung ist man verschwenderisch gewesen, ich erinnere nur an die Abfindung der Depossedirten; das ist eine schlechte Politik auch im

Sinne der höchsten Politik; hierdurch wird die Entwicklung des Bundes keineswegs gefördert; ich wünsche deshalb, daß sich der Hr. Finanzminister lieber uns anschließen (Heiterkeit) und auf seine Collegen drücken möge im Sinne der Freiheit, der Selbstverwaltung, welche beruht auf dem Boden der Gemeindefreiheit. (Beifall.) Ich bedaure dabei, daß eine einflussreiche Partei, die so viel zur jetzigen Gestaltung unserer Zustände beigetragen hat, noch immer von der Fiction befangen ist, daß alle Gesichtspunkte der inneren Politik untergeordnet werden müssten der äußeren Politik. Wer so argumentiert und sich blindlings gefangen glebt einer Politik, die er gar nicht kennt, darf sich auch nicht wundern, wenn Andere einen Schritt weiter gehen und Maßregeln biligen, denen er seine Billigung versagt. Wenn man einmal in solcher Politik steht, so muß man auch, um die Zwecke des leitenden Staatsmanns zu fördern, Alles bewilligen, was er verlangt. Der Abg. Lasler hat den Gedanken angeregt, ob es nicht möglich sei, in unseren Etat Ersparnisse zu machen durch eine andere Organisation der Behörden. Dies ist eine sehr zweifelhafte Sache; wir haben oft die gegenwärtige Erfahrung gemacht, daß neue Organisationen ihrer zu stehen kommen. So sind in Hannover, wo früher 16 Landdrosteien bestanden, jetzt 3 gemacht worden, die aber gerade so viel kosten, wie früher die 16. Das Beispiel Lasler's aus der Geschichte dieses Hauses, wo am Druck von Aktenstücken 10.000 Pf. gespart worden sind, kann ich auch nicht anerkennen, — der Druck der Aktenstücke bezweckt, den Mitgliedern eine genaue Kenntnis der Dinge zu verschaffen. Wenn also gute Aktenstücke gedruckt werden, so werden die Ausgaben dafür gewiß recht rentabel angelegt. (Sehr wahr!) Es kommt allerdings darauf an, was es für ein Bericht ist. So war z. B. der Bericht über die Entschädigung der Depossedirten sehr kurz und hat nicht viel Geld gekostet. (Heiterkeit.) Redner warnt nochmals vor einer direkten Bundessteuer, man möge ohne Notwendigkeit nicht in die Organisation der Kleinstaaten eingreifen und ihre Selbstständigkeit schonen. Grade hierdurch fördert man die deutsche Entwicklung. Wir werden deshalb, schließt Redner, bei der ganzen Budgetberatung die Parole ausgeben: "Haltet Frieden und gebt Freiheit!" (Lebh. Beifall.)

Finanzminister v. d. Heydt berichtet, daß er keineswegs dem Hause einen Vorwurf aus der Ermäßigung des Briefporto gemacht habe; er selbst habe sich dem Bundeskanzler gegenüber dafür ausgesprochen, weil dieses Haus es gewünscht und er geglaubt habe, daß es gut sei, wenn der Reichstag mit einer so gemeinnützigen Arbeit beginne. Man dürfe sich nur nicht wundern, wenn in Folge dessen Ausfälle entstehen. Wenn der Hr. Abg. dann bei der Stelle, wo er einige scherhaftere Bemerkungen machte, den Hrn. Ministerpräsidenten mit in dieselben hineingezogen hat, so hätte er gewünscht, daß das nicht geschehen wäre; denn es ist bekannt, daß Niemand mehr als er selbst es bellagt, daß er in Folge übergrößer Anstrengungen einer längeren Erholung bedurft; er freut sich der Hoffnung, mit Anfang nächsten Monats in alter Frische wieder auf seinem Platze zu sitzen. (Lebh. Bravo rechts.) Im Uebrigen enthalte er sich weiterer Bemerkungen.

Abg. v. Hennig: Der Vorredner hat sich bei seiner Kritik des Lasler'schen Antrages Mühe gegeben, die Sache so darzustellen, als ob es uns auf Ersparnisse gar nicht nähme. Wir wären gewiß die ersten, die solche Ersparnisse mit Freuden begrüßen, wenn uns nur gesagt wäre, wo dieselben herbeigeführt werden könnten. Es ist zwar auf die Armeeverwaltung hingewiesen, das Budget derselben ist aber bis zum 3. 1871 festgelegt und ich halte diese Bestimmung nicht für die schlechteste in der Bundesverfassung. Eine Folge derselben war in diesem Jahre die Entlassung von 80.000 Mann. Das Kriegsgeschrei mußte verstummen und so ist uns diese Bestimmung sehr nützlich geworden. Es wäre deshalb eine schlechte Politik, daran zu rütteln, wir bedürfen vielmehr solcher Abmachungen noch sehr vieler. Auch wir wollen Bewilligungen nur unter der Voraussetzung, daß eine Mehrbelastung des Volkes dadurch nicht herbeigeführt wird. Der Abg. Birchow sprach sich ferner dahin aus, als ob wir in Uebereinstimmung mit dem Grafen Bismarck nur darauf lauerten, über Süddeutschland herzufallen; ich muß sowohl meine politischen Freunde wie den Hrn. Bundeskanzler gegen eine solche Invasion verwahren; wir denken nicht daran, Süddeutschland gewaltsam zu erobern, sondern wir warten, bis es sich aus einem inneren Bedürfnis heraus sich uns anschließen wird. Man hat uns gesagt, wir verfolgten eine Politik der Fiction; wahrscheinlich hat man sich hiermit auf das Ja beziehen wollen, welches wir zu der Bundesverfassung gesagt haben. Der Grund unseres Votums ist oft genug ausgesprochen, wir wollten nicht den Boden der Thatsachen unter den Füßen verlieren zu Gunsten eines idealen, unerreichbaren Ziels. Wir waren uns der Mängel der Verfassung ebenso klar bewußt, wie der Abg. Birchow, nur glaubten wir durch redlichen Willen dieselben später beseitigen zu können, und das große Einigungswerk deshalb nicht opfern zu dürfen. Mir thut meine Abstimmung bis zu diesem Augenblick nicht leid, und ich hoffe, der Zeitpunkt wird auch nie kommen (Bravo rechts). Es ist sodann auf das anomale Verhältnis des Reichstags zu diesem Hause hingewiesen; man hätte sich dabei doch erinnern sollen, daß der Reichstag viel älter als der Nord. Bund ist, und daß die Aenderung, welche seit den Ereignissen des Jahres 1866 eingetreten ist, die Aufhebung des liberum veto doch sicher als eine Verbesserung gegen früher betrachtet werden muß. Es ist wohl möglich, daß es im Reichstag Mitglieder gibt, die sich für das Reichstag nicht interessieren, wir haben ja auch hier Leute, die sich um den Reichstag nicht kümmern — ihre Zahl aber ist jedenfalls dort nicht größer als hier. Es gibt zwei Wege zur Verständigung mit der Regierung, daß dieselbe nämlich entweder zur Quotierung der Steuern die Hand bietet, oder sich auf eine Vorherrschende

gung über die Abschaffung alter Steuern bei eintretenden Überschüssen einläßt. Nur unter einer dieser beiden Bedingungen werden wir ihr entgegenkommen, abernfalls wird durch die nächste Sessjon des Reichstags schwerlich mehr erreicht werden, als das vorige Mal. Der Antrag des Abg. Löwe enthält den allgemeinen Satz, daß Sparfamkeit ein recht schönes Ding sei. Derartige Sätze könne man hier nicht zum Gegenstande von Beschlüssen machen. Ich hoffte, sagt Redner, daß der Lasker'sche Antrag ein versöhnendes Element in die Discussion hineinwerfen würde, und bedauere aufrichtig, mich geläuscht zu haben. Die liberale Partei hätte doch alle Veranlassung, ihre Differenzen so viel als möglich auszugleichen, statt dieselben zu erweitern; wenn auch die Wege verschieden sind, das Grundziel ist ja dasselbe; eine Vereinigung aber wird unmöglich, wenn Sie (nach links) die Bundesgenossenschaft der äußersten Rechten der unsrigen vorziehen. (Widerspruch.) Die Abstimmung wird zeigen, ob ich trotz Ihres Widerspruchs nicht Recht behalte; Sie haben Ihren Entschluß bereits gefaßt, und meine schwachen Worte werden schwerlich im Stande sein, denselben umzustößen. (Beifall.)

Abg. v. Kirchmann: Der Lasker'sche Antrag sei um so weniger angebracht, als der Bund selbst Organe genug habe, um seine Interessen zu vertreten. Es wäre doch auch ein sehr gewagtes Experiment, wenn der Reichstag die Einnahmen erhöhte auf die ungewisse Hoffnung hin, daß die Regierungen der Einzelstaaten dafür in eine Entlastung des Budgets willigen werden. Eine Vermehrung der Einnahmen habe aber auch eine Vermehrung der Macht zur Folge und diese könnte er dem Norddeutschen Bund bei seiner bedenklichen Organisation und bei dem Mangel an Ministerverantwortlichkeit nicht bewilligen. Die Quotierung der Steuern bietet allerdings die Möglichkeit auf eine Verminderung derselben hinzuwirken, dasselbe Prinzip aber erleichtert auch dem Finanzminister die Erhöhung der Steuern. Redner führt alsdann aus, daß das Haus die Schuld am Deficit mittrage, weil es zu schnell Anleihen bewilligt habe, die man früher nur in den dringendsten Fällen aufnahm. Ein schlagendes Beispiel von den nachtheiligen Folgen des Systems, die Steuerkraft des Landes von Jahr zu Jahr mehr zu erschöpfen, bietet Sachsen dar. Obwohl bei der Theilung Sachsen die bessere Hälfte Preußen zufiel, fällt der Unterschied zwischen dem preußischen und sächsischen Anteil jetzt zum Nachteil des ersteren sofort in die Augen, sobald man die Grenze überschreitet. Nur die Grundsätze, welche das Reichstag bisher verfolgt hat, können uns zu besseren Zuständen führen und ich hoffe, daß die Erwartungen, welche der Hr. Finanzminister von demselben für die Zukunft hegt, nicht in Erfüllung gehen werden. (Beifall).

Abg. Heise freut sich darüber, daß man allseitig anerkannt habe, daß die Grundlage unserer Verwaltung noch immer die alte, solide sei. Die Vorwürfe gegen das Ministerium wegen des Deficits seien ungerecht, die früheren Budgets seien doch nur unter Zustimmung des Hauses festgestellt. Redner glaubt nicht, daß durch ein freiheitlicheres Regierungssystem Ersparnisse zu erzielen, da die Freiheit zwar ein sehr wertvolles, aber bekanntlich auch sehr theures Gut sei. Eine Verwaltung ohne Organe sei nicht möglich. Eine Herabminderung des Militärateats in diesem Augenblick, wo wir von eifersüchtigen Nachbarn umgeben sind, die nur darauf warten, über uns herzufallen, wird im Ernst Niemand verlangen, ganz abgesehen davon, daß derselbe bis zum 3. 1871 bereits definitiv festgestellt ist, und überdies gar nicht zur Kompetenz dieses Hauses gehört. Man hat auf die Eisenbahn-Verwaltung hingewiesen. Die Ausgaben für diesen Zweck können auf keinen Fall unproduktiv genannt werden. Auch bei unrentablen Bahnen wird dem Staat die Hebung der Steuerfreiheit seiner Bürger einen Ersatz gewähren für die Mehrkosten der Eisenbahnanlage. Die Aufhebung der Steuerfreiheit der Mediatistreien kann wohl ernstlich nicht gemeint gewesen sein, der Abg. Löwe hat diesen Vorschlag wohl nur gemacht, um Gelegenheit zu einer politischen Excursion von dieser Tribüne aus zu finden. Schließlich fordert der Redner den Finanzminister auf, eine Erhöhung dauernder Einnahmen in Aussicht zu nehmen. Gegen den Lasker'schen Antrag, der eine Finanzcalamität brennen wollte, um die Rechte des Hauses zu erweitern, werde er und seine Freunde stimmen (Bravo rechts). — Abg. Faucher: Es gebe hier drei Parteien: die eine verlange neue Steuern ohne alte abschaffen zu wollen, die zweite, die der Abg. v. Kirchmann vertrete, wolle gar keine Änderung und keine neuen Steuern, er (Redner) und seine Freunde wollen neue Steuern, aber ohne eine Mehrbelastung des Volkes. Der Antrag, der diese Forderung formuliert, ist von dem Abg. Lasker mit gewohnter staatsräumlicher Geschicklichkeit so gestellt, daß alle, die überhaupt einer Steuerreform geneigt sind, für denselben stimmen können. Es giebt in Preußen eine große Menge kleiner aber drückender Steuern, z. B. Zeitungssteuer, Mahl- und Schlachtsteuer u. a., deren Beseitigung durch neue Bundessteuern der Antrag bezweckt. Die Bedenken des Abg. v. Kirchmann sind allerdings nicht unerheblich; man wird mit der Regierung bindende Vereinbarungen treffen, welche Steuern für Preußen abzuschaffen und welche von dem Bunde zu übernehmen. Dass man jetzt von der linken Seite Einwendungen gegen eine Quotierung der Einkommensteuer macht, begreife ich um so weniger, als dieselbe früher von der ganzen liberalen Partei als Grundprinzip einer Steuerreform anerkannt worden ist. Eine quotsierte Bundes-Einkommensteuer wird ein Bindemittel sein für die einzelnen Staaten, ebenso wie es jetzt bereits die Steuer an Menschenkraft ist; gerade der Widerspruch, den — wie der Abg. Birchow glaubt — die Maßregel in einzelnen Landesteilen finden wird, ist für mich ein Grund, dieselbe anzunehmen, denn sie bricht den Particularismus und gibt dem Ganzen einen festen Zusammenhalt. Eine Erhöhung der indirekten Steuern wäre auch für die Zukunft kaum möglich. Die Zölle auf Kaffee, Zucker u. s. w. können nicht erhöht werden, es bliebe also nur noch der Tabak. Eine hohe Besteuerung des Tabaks aber würde durch die der Gesundheit nachtheiligen Verfälschungen bald dahin führen, den Tabakshandel zu einem Monopol des Staates machen zu müssen, und ich würde ein solches Monopol in der That den schädlichen Einwirkungen, den der freie Handel mit sich brächte, vorziehen.

Abg. Graf Bethy-Huc: Ich habe mich zum Worte gemeldet, um Namens meiner Freunde (der Freiconservativen) zu erklären, daß wir für den Lasker'schen Antrag stimmen werden, daß wir uns aber von den Motiven, die von den Freunden des Hr. Antragstellers geltend gemacht sind, feierlich lossagen. Die Contingentierung der Steuern halten wir für eine Alteration des Art. 109 der Verfassung, zu der mitzurichten wir nicht gesonnen sind. Wir würden bei der gegenwärtigen Lage auch einer Regierung, zu der wir minderes Vertrauen haben, die dauernde Forterhebung der gegenwärtigen Steuern nicht beschränken. Wir sind bereit, die nothwendige Erhöhung der Einnahmen zu gewähren, eben so

wenig aber sind wir gewillt, unser unbeschränktes Steuerbewilligungsrecht in Bezug auf neue Steuern auf einen anderen Körper zu übertragen, der uns nicht die Garantie bietet, die wir für nötig erachten. Gewährt man dem Reichstage dasselbe Recht der Controle, wie wir es besitzen, so sind wir bereit. Wir haben damals mit der Bundesverfassung das Übergangsstadium angenommen, und zwar mit dem vollen Bewußtsein, daß der Zustand finanzieller Anarchie, wie er gegenwärtig besteht, nicht von Dauer sein dürfe. Es giebt dazu zwei Wege. Entweder wird jeder der drei parlamentarischen Körper streng abgegrenzt, so daß eine Übertragung von Einnahmen aus dem einen in den andern unmöglich wird, oder alle Einnahmen und Ausgaben werden in einem großen Staatskörper zusammengefaßt. Wir betrachten den Lasker'schen Antrag, obgleich er nicht geschickt gefaßt ist, als einen Weg zu der leichteren Alternative, und deshalb stimmen wir aus politischen Gründen für denselben.

Finanzminister v. d. Heydt wünscht eine Vereinigung über den Lasker'schen Antrag. Wenn die Hrn. Antragsteller erkären, daß sie unter gewissen Umständen auch ferner eine Vermehrung der indirekten Einnahmen im Reichstage und im Reichstag ablehnen würden, so wäre die Folge eine Stagnation der Zölle. Die Vereinfachung des Zolltariffs wäre dann unmöglich. Wenn die Hrn. Antragsteller eine Vereinbarung darüber wünschen, welche Steuern in Preußen wegfallen sollen, wenn Überschüsse entstehen, so würde ich das nicht für politisch klug halten. Zunächst bemerkte er, daß den steigenden Einnahmen auch steigende Bedürfnisse entsprechen werden. Im nächsten Etat werden allein 1½ Mill. zur Verzinsung und Amortisation der noch realisirbaren Eisenbahn-Anleihen neu hinzutreten. Andere neue Bedürfnisse müssen befriedigt werden. Auf die Zeitungsstempelsteuer könne die Regierung leider so lange nicht verzichten, als die Verhältnisse nicht bessere werden. Eine Inseratensteuer würde den Zeitungen nicht billiger zu stehen kommen, als die Stempelsteuer; daher hat die Regierung unterlassen, dahin zielende Vorschläge zu machen; aber in der Absicht, sobald die Finanzen es gestatten, auf die Zeitungssteuer zu verzichten. Außerdem giebt es aber noch viele andere Steuern, von denen ich mir erwünscht denke, darauf verzichten zu können; ich will nur auf die Chancensteuer hinweisen, und manche andere. Für Weiterentwicklung des Communicationswesens, für Bildungs- und Kunstzwecke z. h. hätte er für diesen Etat noch dringend 5 Millionen gewünscht. Das Deficit hinzu macht 10 Millionen. Würde Reichstag und Reichstag etwa Dinge beschließen, die für Preußen mehr einbringen würden als zehn Millionen? Das Haus habe es ja in der Hand, gerade nur so viel zu bewilligen, daß Preußen nicht mehr erhält, als nothwendig ist. Eine vorherige bindende Vereinbarung über die später in Fällen zu bringenden Steuern in Preußen zu treffen, darin liege eine große Verantwortung, da man heut nicht übersehen könne, was später im Interesse des Landes zu thun sei. Die geehrten Herren Antragsteller, die selbst ja die besten Patrioten sind, werden das gewiß nicht wollen. Eine Vereinigung mit der Regierung werden Sie viel leichter über Verwendung von Überschüssen als über die Deckung des Deficits herbeiführen können. Da nun die Regierung und sicherlich auch die Antragsteller das Beste des Landes wollen, so will es mir fast scheinen, als schwebt zwischen denselben irgend ein Missverständnis. Es würde mir daher erwünscht sein, wenn die Abstimmung nicht sofort erfolgte. Ich zweifle nicht, daß bei gegenwärtiger guter Absicht noch irgend ein Mittel gefunden werden kann, dieser Ansicht Ausdruck zu geben. So wie der Antrag d'larart ist, wie sich namentlich der Abg. Tweten darüber geäußert hat, glaube ich nicht, daß Sie damit zum Zielle kommen werden. Wenn ich nämlich den Hrn. Redner richtig verstanden habe, war der Sinn seiner Rede der, es müsse vorher das Steuer-Bewilligungsrecht gesichert werden. Man kann verschiedener Ansicht darüber sein, was im Interesse des Landes liegt; glauben Sie aber wirklich, daß die preuß. Regierung jetzt daran denken könnte, einen anerkannten Artikel der Verfassung zu opfern, wodurch die Forterhebung der bestehenden Steuern gesichert ist? Ich glaube, die Herren können von einer Regierung, von der sie im Interesse des Landes fordern, daß sie eingreife in die großen Gescheide, jetzt in diesem Augenblick nicht erwarten, daß sie sage: wir wollen darauf verzichten.

Abg. Lasker erklärt sich mit der Vertagung der Abstimmung über seinen Antrag einverstanden. — Abg. Waldbeck ist gegen den Antrag Laskers, weil jede neue Steuer unvernünftig sein würde. Bund und Reichstag gehen uns hier nichts an. Wir wollen das alte, große, in seinen Finanzen gesunde Preußen vertheidigen gegen die unhaltbare finanzielle Lage, in die es gezogen ist. Mit Recht fragt der Finanzminister: warum habt Ihr die 20 Millionen an die Depositen bewilligt? — wie ein Mann, der ganz außerhalb der Sache steht, weil er eine ganz untergeordnete Person ist. (Heiterkeit) Mein Antrag im Parlament, daß Preußen Finanz- und Kriegsminister zugleich Minister des Bundes sein sollen, ging nicht durch und jetzt weiß man nicht mehr, wer dort Koch und Kellner ist. Redner ist erstaunt über die Ansicht Fauchers über das Tabakmonopol und erklärt radikale Hilfe nur in einer Verminderung des stehenden Heeres. Die Rede Birchows wandte sich an die Regierung, die leider leicht die doppelte Forderung „Friede und Freiheit“ erfüllen kann, ohne in die kündlichen Aussichts, wie die französischen, zu gerathen. Aber dann darf sie nicht ständische Einrichtungen schaffen, wie sie es in den neuen Landesteilen thut, sondern es handelt sich um Preußen, als den Kern des Bundes, um die durch seine Verfassung gewährleisteten Grundrechte, die ein Gemeingut aller gesitteten Völker sind. (Beifall.)

Abg. Dr. Braun (Wiesbaden): Auch ich gehöre zu den Abwesenden, die der Abg. Birchow angegriffen hat, indem er eine kurze Erholungspause, deren ich während seiner langen Rede bedurfte, dazu benutzt, obwohl ich an der ganzen Discussion gar nicht Theil genommen habe. Aber es ist nicht richtig, daß ich jemals die Gebäudesteuer als für communale Zwecke geeignet bezeichnet habe. Auch gehörte ich nicht zu denen, die als Mitglied einer städtischen Vertretung durch übermäßige Ausstattung des Schulwesens aus städtischen Steuern die Stadt mit Steuern überbürden.

Abg. Tweten: Ich muß mich gegen eine Außerung des Abg. Birchow vertheidigen, weil möglicherweise mit ihr außerhalb des Hauses Missbrauch getrieben werden kann. Ich habe neulich nicht den Rath gegeben, Süddeutschland zu annexieren, die Blut und Eisenpolitik zu treiben und für diese Zwecke das stehende Heer in seiner eigigen Stärke zu behalten; sondern ich habe umgekehrt gesagt, daß die Entwicklung in Deutschland eine friedliche sein und auf den Reformen Preußens beruhen muß, daß das stehende Heer nur den Zweck hat, diese friedliche Entwicklung gegen ausländische Einmischung zu schützen, wie sie unbefugt und außermäßig genug noch in neuester Zeit hervorgetreten ist.

Abg. v. Hoverbeck vertheidigt seinen abwesenden Freund Birchow gegen die Außerung Braun's, er habe seine Abwesenheit „benutzt“. Damit werde eine Absichtlichkeit ausgedrückt über die sich der Abg. Dr. Braun vor dem Präsidium und dem Hause näher zu äußern als Veranlassung habe. (Widerspruch.)

Präf. v. Forckenbeck bemerkt, daß er das in Frage gestellte Wort, wie reinlich in einem ähnlichen Falle, nur seinem objectiven Sinne nach genommen und daher keinen Anlaß es zu rügen gefunden habe.

Das Haus beschließt über die Anträge Lasker und Löwe bei der Position Matrikelarbeiten zu beschließen und erledigt dann folgende Spezialratsats ohne erhebliche Diskussion: die Etats des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses, des Staatsministeriums (Tit. 6, 31,000 Thlr. Dispositionsfonds für allgemeine politische Zwecke wird genehmigt).

Bei dem Etat der Staats-Archive beschwert sich der Abg. Lasse über die unzureichenden Lokalitäten des geheimen und des Ministerial-Archivs im l. Schloß, resp. im Lagerhaus. Im ersten sei der Raum so beschränkt, daß kaum die Beute darin arbeiten können; das letztere soll im Lagerhaus nicht einmal gegen Feuergefahr geschützt sein. Die Verwaltung der beiden Archive sei vereinigt; möge auch eine angemessene Lokalität beide aufnehmen. — Reg.-Commissar Düncker: Der Hr. Finanzminister habe die Mittel zur Erfüllung dieses Wunsches zugesagt, sobald die Lage der Finanzen es zulasse.

Bei dem Etat des Geh. Civil-Cabinets moniert Abg. Lasker, daß dem Geh. Cabinettsrat 500 Thlr. mehr angezeigt sind (also 4500 Thlr.) und daß der Abschied im vorigen Etat die damals gestrichenen Erhöhungen von Neuem auf den Etat gebracht seien und zwar in einem Deficit-Etat, wo zur Aufbesserung der unteren Stellen keine Mittel vorhanden seien. Graf Eulenburg erblieb in der Bewilligung der Erhöhung eine Pflicht der ausgleichenden Gerechtigkeit, da den Ministerial-Directoren auch 4500 Thlr. bewilligt seien. Im vorigen Etat sei dieselbe nur durch Bußfall abgelehnt worden, während andere Erhöhungen bewilligt worden seien. Abg. Frhr. v. Hoverbeck warnt vor der „Orthodoxie der Kategorien“, Abg. v. Diest vertheidigt sich als inconsequent zu gelten, wenn er mit Bielen in diesem Jahre gegen deratige Erhöhungen stimme. Die Erhöhung wird abgelehnt (für die Ablehnung auch conservative Abg.). Ebenso werden beim Etat der Oberrechnungskammer die Gehaltserhöhungen für den Präsidenten 7000 Thlr. statt 6000 Thlr. und für jeden der beiden Directoren 3300 Thlr. statt 3000 Thlr. abgelehnt. — Fortsetzung der Beratung findet nächster Donnerstag statt.

Berlin. [Herr v. Mühlner.] Die „Corr. St.“ batte berichtet, daß in conservativen Kreisen von einem Rücktritte des Hrn. v. Mühlner gesprochen werde. Die „Kreuztg.“ versichert, wie schon gewußt, heute nachdrücklich, daß man in den genannten Kreisen nichts davon weiß.

* [Lotterie.] In der Budgetcommission des Abgeordnetenhauses riefen mehrere Petitionen eine lange Debatte hervor, welche theils eine Vermehrung der Zahl der Lotterie-Losse, theils Verbot des Handels mit Lotterie-Losen fordern. Die Commission beschloß, den Übergang zur einfachen Tagesordnung zu empfehlen. Der Antrag des Referenten, welcher dahin ging, die Regierung zu ersuchen, im Wege der Gesetzgebung dahin zu wirken, daß die Auktionsungen von dem Verkauf geringerer Lotterie-Anteile, als die Lotterie-Directschaftsspielen in der Klassen-Lotterie verboten werde, wurde von dem Regierungs-Commissar für überflüssig erklärt, weil nach dem vorjährigen Beschlüsse des Abgeordnetenhauses die Lotterie ja doch sehr bald überhaupt aufgehört werde.

Frankreich. — Paris, 15. Nov. [Der Baudin-Prozeß.] Die Rede des Advocaten Gambetta hat allgemeine Sensation erregt. Er ging am entschiedensten auf den Kern der Auklage ein, auf die Frage: Kann es einen Augenblick geben, wo eine Regierung, unter dem Vorwande des öffentlichen Wohles, das Recht hat, die Gesetze zu verlegen und Diejenigen, welche dieselben mit Gefahr des Lebens verbreiten, als Verbrecher zu behandeln? Ist es nicht genug, ruft er aus, daß man die Republikaner aus der Republik vertreibt, will man sie auch aus der menschlichen Natur verjagen? „Der letzte Ort“, sagt der Redner weiter, den man wählen durfte, um einen solchen Prozeß zu verhandeln, ist eine Versammlung von Richtern. Sie wissen, was am 2. December geschehen, es ist Ihnen nicht unbekannt, welche Störung dieser Act in das Gewissen des Landes gebracht. Um jene Zeit bemächtigte sich Frankreichs ein unbekannter Mensch ohne Halt mit Hilf von Leuten, von denen man wiederholen kann, was Gallust von dem Schwarm sagt, der Catilina umgab, was Cäsar selbst von seinen Mithuldigen wiederholte: der Auswurf der Bevölkerung. Mit solchem Gedanken wird die Menschheit seit Jahrhunderten niedergeschlagen, und trotz der erhabenen Erscheinungen der Sokrates, der Cicero, der Catonen wird das Recht in der Regel im Stiefel eines Soldaten erstickt. Allein hier vor der Gerechtigkeit darf dem nicht so sein. Ihr Richter sei uns Schutz und Hilfe schuldig. Wir haben übrigens zu Seugen Michel v. Bourges, Charras, die Todten, Pedro Rollin den Abwesenden, Berryer, den erlauchten Sterbenden, der Ihnen durch seinen Brief bewiesen, daß alle Parteien im Interesse der Erhaltung der Moral zusammenstehen. Wo waren am 2. December die Thiers, Remusat, Dupont de l'Eure? Sie waren in Mazas! in Vincennes! oder auf dem Wege nach Lambessa und Cahenne, alle diese Opfer einer ehrgeizigen Rasse. Auf welcher Seite war denn damals die Jugend? Die Moral? Alles ist unter diesem Attentat zusammengefallen. Man hat Frankreich nicht gerettet, man hat bloß Hand an dasselbe gelegt. Aber das Land, sagen Sie, hat Ihnen seine Billigung ertheilt, d. h. mit Hilfe der Electricität und des Dampfs hat man Paris mit der Provinz und die Provinz mit Paris getäuscht. In den Départements hat man die Nachricht veröffentlicht: Paris hat sich unterworfen! In Wahheit war es gemeinschuldig. Man schleuderte die Kartätschen unter das wehrlose Volk. Ich habe Freunde, die getötet worden, als sie aus der Rechtsschule kamen, und sie leisteten keinen Widerstand. Es ist allerdings unnöthig, das Recht zu lernen in einem Lande, wo man es in dieser Weise anstößt. Die Auklage will nichts weniger, als Ihnen ein Urtheil entziehen, in dem gesagt wird, daß der 2. December der Moral gemäß und daß die Männer, die auf den Barricaden gefallen, mit Gerechtigkeit getroffen worden. Was spricht man nur von einem gutheissenden Volksbeschluß? Nach einem Reihe von 17 Jahren glaubt ihr, es sei gut, die Wirkung dieser Thatsachen durch eine posthume Gutheissung der Justizpolizei zu verhindern. Dem wird nicht so sein. Dieser Prozeß des 2. Decbr. wird überall plaidirt werden und immer, denn es gibt kein Tribunal, das in letzter Instanz über

Die gestern vollzogene Verlobung unserer ältesten Tochter Anna mit dem Herrn L. Sommerfeld aus Neustadt Weißpr., bedienen wir uns ergebenst anzuzeigen.
(3715) J. Himmel und Frau.

Berichtet.
Am Sonnabend, den 14. d. M., 4 Uhr Morgens, entschließt nach längerem Leiden der Rentier Herr Michel Frank hier selbst im 81. Lebensjahr. Dieses zeigt allen seinen Bekannten, Freunden und Verwandten ergebenst an für alle hinterbliebenen
W. T. Raykowski.
Döse, 16. Nov. 1868. (3693)

Oeldruckbilder
in eleganten Goldbaroque-Rahmen, eine reiche Auswahl empfiehlt als prächtige Zimmer-Decorationen zu äusserst mässigen Preisen
L. Saunier'sche Buchh., A. Scheffert in Danzig.
(3053)

Industrielles Prachtwerk.

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

So eben erschien vollständig:

Illustrierter Katalog
der Pariser Industrie-Ausstellung
von 1867.

Gr. 4. Mit 1275 Holzschnitten, ca. 1400 Gegenstände darstellend.

Gebundet 10 Thlr., gebunden 11 Thlr. 15 Sgr.

Zug in 15 Lieferungen à 20 Sgr. zu beziehen. Dieses Werk bietet einen reichen Schatz von Mustern und Vorlagen aus allen Fächern des Kunstgewerbes, deren Studium der Industrie selbst in weitesten Kreisen fördernde Anregung geben wird.

Ein ausführlicher Prospect mit Illustrationsproben ist durch alle Buchhandlungen gratis zu erhalten.

Früher erschien in demselben Verlage:
Illustrirter Katalog der Londoner Industrie-Ausstellung v. 1862.

2 Bände. Mit 1400 Holzschnitten, ca. 2000

Gegenstände darstellend.

Um die Anschaffung dieses Werks zu erleichtern, werden den Abnehmern des Pariser Katalogs auch Exemplare dieses früheren Werks zu ermäßigttem Preise abgegeben, und zwar in 2 Bänden gehoben zu 6 Thlr. (bisheriger Preis 12 Thlr.), gebunden zu 9 Thlr. (bisheriger Preis 15 Thlr. 10 Sgr.) (3716)

Zur Ausführung von Aufträgen auf diese Werke, welche sich auch zu Weihnachtsgeschenken trefflich eignen, empfiehlt sich

Th. Anhuth, Buchh., Langenmarkt 10.

Normaluhren, passend für Schlafzimmer, à 22½ Sgr., mit eleganter Ausstattung 1½ Thlr. und 1½ Thlr. empfiehlt

A. Helfrich, Uhrmacher,
(3651) Kettnerhagergasse 1.

Goldfische empf. August Hoffmann,
Aquarienhandlung, Heiligegeistgasse No. 26.

Schöne Pommersche Spitzgänse sind zu haben Hundegasse No. 40 im Comtoir. (3706)

Pommersche Spitzgänse, frische Nieler Sprotten, Neunaugen, Neusatteler Käse empfiehlt
W. J. Schulz, Langgasse No. 54.

Neue Zusendung feinsten Braunschweiger Cervelat- und Lebertrüffelwurst erhielt und empfiehlt (3721)

W. J. Schulz, Langgasse No. 54.

Feinsten Magdeburger Sauerkohl, echte Teltower Rübchen und best. schles. Blaumennig empfiehlt
W. J. Schulz, Langgasse No. 54. (3723)

Große geräuch. Maranen versendet billigst unter Nachnahme Brunzen's Seefisch-Handlung, Fischmarkt No. 38. Spitzgänse in guter Qualität empfiehlt (3710)

Carl Schnarcke.

Schaalmandeln a la Prinzess 1868^{er} Ernte empfiehlt
(3712) Carl Schnarcke.

Parafin-Baumlichte, bunt und weiß, empfiehlt
Carl Schnarcke.

Hundeg. 119 ist einf. möbl. Zimmer z. verm. Näh. 3 Th.

Carl Schnarcke.

Die Cigarren- und Tabaks-Handlung

E. G. Engel,

Milchkanngasse No. 32/33, auf der Speicherinsel, empfiehlt gelagerte Ware in Marken von 6½—100 Thlr. pro Mille zur gesälligen Beachtung.

Durch einen besonders günstigen Einkauf bin ich in den Stand gesetzt, die

bekannte und gerne geruchte

Los Dos Carabajales

(reine Havanna-Culage)

mit 16½ Thlr. pro Mille zu offeriren.
(3697)

E. G. Engel.

Euler's Leibbibliothek, Heiligegeistgasse 124.

Dampfer-Verbindung

Danzig—Stettin.

Dampfer "Colberg", Capt. Streed, geht Freitag, d. 20. h., von hier nach Stettin. Näheres bei

Ferdinand Browe.

Photographie-Albums, ganz Leder, in eleganter Ausstattung, à 26 und 50 Bildern à 7½, 10, 12½ Sgr. (3700)

Photographie-Rahme, schwarz, oval à 2 Sgr., Patentrahme à 1 Sgr. Einrahmen der Bilder gratis.

Rudolph Bluhm,

8. Matkaußchagasse 8.

Neueste Cotillon-Orden empfiehlt in großer Auswahl zu billigen Preisen

Rudolph Bluhm,

8. Matkaußchegasse 8.

Gummischuhe, bekannt dauerhaft und billigst, in größter Auswahl, empfiehlt

Alex. Sachs,

Matkaußchegasse.

Bedeutende Auswahl in Schlaf-, Pferde- und Reisedecken zu billigsten festen Preisen empfiehlt

Otto Retzlaff.

Gute große Limburger Käse, bei Kisten à St. 2½, 2, 3 und 3½ Sgr.

Holsteiner Frühstückskäse à St. 1 Sgr., 100 St. 2½ Thlr., grünen Kräuter-Käse à St. 1½ Sgr., 100 Stück 4 Thlr. 10 Sgr., Berliner Käse-Käse empfiehlt (3702)

N. F. Haufschulz, Schmiedegasse 16.

Frische Niederländer Sprotten empfiehlt (3689)

A. Fast, Langenmarkt 34.

Ein Gärtner sucht eine Stelle. Zu erfragen

Ein St. Trinitatiskirchengasse No. 9, Thür. G.

Ein junger, militairreiter Kaufmann mit Führung und sämtlichen Comtoirarbeiten vertraut, der mehrere Jahre in verschiedenen Branchen renommiert auswärtiger Häuser thätig war, sucht sofort hier Beschäftigung. Offerten unter No. 3708 in der Expd. d. Btg.

Einen tüchtigen Uhrmachergehilfen, doch nur

1. December e.

F. C. Kroelich, Uhrmacher in Memel.

Neuer Kursus in der italien. Fahr. führung und Comtoirwissenschaft. Näheres von 8—9 Uhr oder von 2—3 Uhr. (3658)

Ed. Rlikowski,

Heiligegeistgasse 59, 2. Etage.

Verein junger Kaufleute.

Donnerstag, den 19. November c.

Berksammlung im Vereins-Local, Brodbänkengasse No. 10.

Erledigung des Fragekastens; Vortrag über Concours-Verfahren. — Die Mitglieder wollen recht zahlreich erscheinen. (3703)

Der Vorstand.

2000 22 1868.

Freitag, den 20. November. Tagesordnung: Brämenvertheilung. Jahresbericht. Wahl des Vorstandes. (3675)

Symphonie-Concert

im Schützenhause.

Freitag, den 20. November.

Symphonie-Concert,

ausgeführt von der Kapelle des 3. Grenadiers

Regiments No. 4.

Ouv. von Granzin; Ouv. Guryanthe von E. M. v. Weber; Symphonie No. 6 G-dur, von Haydn; Hochzeits-Marsch a. d. Sommernachtstraum; Symphonie C-dur, Schubert. Billets à 5 Fr. sind in den Musikalen-Handlungen sowie bei Hrn. Harischamp zu haben. Entrée 7½ Fr. Anfang 7 Uhr. (3735)

H. Buchholz.

Danziger Stadttheater.

Den an mich ergangenen Wünschen mehrerer auswärtiger Gutsbesitzer zu entsprechen, findet morgen, den 19. November, die Aufführung der lustigen Weiber statt. Große komisch-phantastische Oper in 3 Acten von D. Nicolai. (II. Abonnement No. 17.) Fischer.

Selonke's Etablissement.

Donnerstag, 19. November:

Gastspiel der berühmten Schlittschuh-tänzerin Miss Frederika aus London,

sowie Auftreten der Braak'schen Gesellschaft und sämtlicher Künstler. — Am 7 Uhr. Eintritt für Saal 7½ Fr., für Logen u. numerirte Plätze 10 Fr., Tagesbillets drei Stück für Saal 15 Fr., für Logen und numerirte Plätze 22½ Fr.

Joh. Adam Roeder's

Punschkrope,

anerkannt die vorzüglichsten, erhielt in neuer Sendung und empfiehlt (3573)

F. E. Gossing,

Oper- und Portehaisengassen. Ede No. 14.

Druck und Verlag von A. W. Käsemann in Danzig.

Rudolph Hardt

etabliert habe. — Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, durch prompte und reelle Bedienung meine werten Kunden zufrieden zu stellen und bitte, mein Unternehmen gütigst zu beachten.

Hochachtungsvoll

Rudolph Hardt.

(3727)

Bütow, im November 1868.

Wegen Aufgabe des Geschäfts

gänzlicher Ausverlauf meines

Weißwaaren-, Gardinen-, Stickerei- u. Spitzenlagers

zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen.

Hauptfachlich empfiehlt

gestickte Gardinen, brochirte Gardinen, französische Corsets, Grinolinen neuesten Jacob's, glatte Mulls, Battisté, Shirting, Negligéstoffe, geflickte Battistücke à 7½ Fr., schwarze Tüll-Schleier, geflickte Battist-Streifen, Mull- und Battist-Blousen, Krägen und Sülzen, weiße und garnierte Morgenhauben, Biquet-Bettdecken,

fertige schwarze Moor-Röde,

coulourte do.

Victoria-Röde,

schwarze Moirées von der Elle,

grau und braun Moirée do.

Herren- und Knaben-Chemisettes,

Cravatten und Schlippe,

leinene Taschentücher,

Alpacca-Blousen,

Gaze-Schleier in allen Farben,

gestickte Einsätze jeder Art,

weiße gestickte Schutzdecken.

K. Nonnenprediger, Langgasse No. 10.

Feuer-Versicher.-Actien-Gesellschaft für Deutschland

Adler in Berlin.

Grund-Capital: Eine Million Thaler Preuß. Cour.

Die Gesellschaft „ADLER“ zu Berlin übernimmt Versicherungen gegen Feuersgefahr in Städten und auf dem Lande auf Mobilien aller Art, Waaren, Maschinen, Fabrikgerätschaften, Bieb, Ernte-Erzeugnisse, Altergeräte u. s. w., desgleichen auf Immobilien, bei höchst liberalen Grundbüssen. Die Prämien der Gesellschaft „Adler“ sind billig und fest, ohne jede Nachzahlung. Tarife und Antragsformulare gratis.

Bur. Versicherungsnahme empfiehlt sich

Carl Treitschke, Haupt-Agent in Danzig.

Französische Wallnüsse u. Sicilianische Lamberts-

nüsse in Ballen bei

Carl Schnarcke,

Brodbänkengasse 47.

Hundeg. 119 ist einf. möbl. Zimmer z. verm. Näh. 3 Th.

Carl Schnarcke.

Erfahrene Kinderfrauen mit guten Uitten

weiset nach D. Dau, Korlenmacher. 5.

En gros & en détail.

En gros & en détail.

En gros & en détail.